Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 17.09.2021 **Drucksache 18/17832**

Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Bayern sozial und klimaneutral: Ein Netz von kommunalen Ladesäulen für E-Autos

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine kommunale Ladeinfrastrukturstrategie für E-Fahrzeuge zu erarbeiten und dem Landtag halbjährlich über den Ausbau zu berichten.

Die Strategie soll folgende Punkte beinhalten:

– höhere Fördersätze für neue Ladesäulen und mehr Unterstützung für die Kommunen bei der Umsetzung;

– zentrale Koordinierung aller Projekte, um einen bedarfsgerechten Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur zu gewährleisten und Parallelstrukturen zu vermeiden;

– Vernetzung von Kommunen, Unternehmen, Einzelhandel, Wohnungswirtschaft und Netzbetreibern, um die Ladeinfrastruktur im öffentlichen und privaten Raum strategisch auszubauen;

– Ergänzung der Datenbank „Ladeatlas Bayern“ um private Ladepunkte und Erweiterung zu einem zentralen Tool für Planung und Ausbau und

– ein Förderprogramm für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen, das ihnen die Weiterbildung des Bundes zum Elektromobilitätsmanager ermöglicht.

Begründung:

Bayern muss die Transformation zur Klimaneutralität schaffen. Mehr Elektromobilität ist ein Schlüssel, um dieses Ziel im Verkehrssektor zu erreichen. Sie setzt auch eine kommunale Ladeinfrastruktur voraus.

Wegen der ländlichen Prägung Bayerns werden private PKW auch künftig eine große Rolle für die Mobilität der Bevölkerung spielen. Individualverkehr, den man weder vermeiden noch verlagern kann, lässt sich nur verbessern durch klimaneutrale Antriebe und mehr Elektromobilität.

Auch aus sozialer Sicht ist der Ausbau der Elektromobilität richtig, da fossile Kraftstoffe seit Januar 2021 mit einer CO_2-Abgabe belegt sind.

Der systematische Ausbau der Ladeinfrastruktur ist wichtig für die Verbreitung der Elektromobilität, steigert die Attraktivität von Elektrofahrzeugen und schafft Planungssicherheit für private Käuferinnen und Käufer. Denn aktuell verursachen geringe Reichweiten und fehlende Ladesäulen viel Unsicherheit bei der Anschaffung oder Nutzung von Elektrofahrzeugen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Das Ladeinfrastrukturförderprogramm wurde 2017 gestartet, um den Ausbau öffentlicher Ladesäulen voranzutreiben. Ziel war, bis 2020 7 000 öffentliche Ladesäulen in Bayern bereitzustellen. Bis November 2020 gab es etwa 5 300 öffentlich zugängliche Ladesäulen. Die Förderung für Normal-, Schnellladestationen und den Netzausbau beträgt bisher maximal 60 Prozent.

Eine kommunale Ladeinfrastrukturstrategie wird zum zentralen Element des weiteren Infrastrukturausbaus. Ein bedarfsgerechter Ausbau erfordert, dass das Potenzial privater Ladepunkte bei der Planung der Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum berücksichtigt wird. Hier ist eine Vernetzung der unterschiedlichen Akteure erforderlich. Durch den strategischen und bedarfsgerechten Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur in Ergänzung zu privaten Ladepunkten kann der Netzausbaubedarf geringgehalten werden.

Der „Ladeatlas Bayern“ muss daher um private Ladesäulen erweitert werden. Die Förderrichtlinie „Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern“, die zum 31.12.2020 ausgelaufen ist, muss verlängert und die Förderung stark erhöht werden.

Um Expertise in den Kommunen aufzubauen, sollte ein Förderprogramm aufgelegt werden, damit kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich zum Elektromobilitätsmanager weiterbilden lassen können. Der Ausbau der Infrastruktur muss zentral koordiniert werden. Um den Fortschritt transparent zu machen, erwartet der Landtag halbjährliche Berichte.